

enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10288**. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Wer ist dafür? – Die Grünen sind dafür. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10291**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel und die SPD enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10290**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. SPD enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10292**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Wer ist für diesen Antrag? – SPD, Grüne und Herr Sagel sind für diesen Antrag. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10293**. Wer ist dafür? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Es enthält sich die SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10294**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10295**. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10296**. Wer ist für diesen Antrag? – Herr Sagel und die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand. – Auch da enthält sich die SPD. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10297**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10298**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer ist dafür? – Grüne und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10299**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Wer

ist dafür? – Grüne und Herr Sagel sind dafür. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10300**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel und die SPD enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10301**. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10302**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10304**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich die SPD? – Sie enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10303**. Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Wer stimmt dem zu? – Grüne und Herr Sagel stimmen diesem Antrag zu. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende der Einzelabstimmung.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** zum Einzelplan 10 **Drucksache 14/10110**. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 10 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10212, auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10220 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nummern 121 bis 131 der Tischvorlage hin.

Es geht um die Teilbereiche „Allgemeine Finanzverwaltung“ und „Haushaltsgesetz“. Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Trampe-Brinkmann das Wort.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Wir haben nun fast zwei Tage Haushaltsdebatte hinter uns. Eigentlich ist zu den meisten Einzelplänen alles gesagt. Mit den Beratungen zu den Einzelplänen 12 und 20 kommen wir nun in die Endphase und werden uns einer allgemeinen Bewertung des vorgelegten Haushaltsplans 2010 nicht entziehen können. Wir werden diese aber auch mit einer Bewertung der Bilanz der letzten vier Jahre schwarz-gelber Landespolitik in Nordrhein-Westfalen verknüpfen. In der Finanzpolitik wurde sie unter der Ägide von Minister Linssen geführt. Auf der Rednerliste war Frau Thoben als Vertretung für ihn angekündigt. Deshalb begrüße ich ihn hier noch einmal.

Wenn man darüber nachdenkt, wie dieser Haushaltsplan zu bewerten ist, dann fragt man sich natürlich immer, wie man das in Bildern verdeutlichen kann. In diesem Fall denke ich an Michael Edwards. Michael Edwards ist alleinerziehender Vater von vier Kindern, Stukkateur, finanziell nicht sehr gut gestellt. Wahrscheinlich können Sie mit dem Namen nichts anfangen. Aber zumindest die Lebensälteren kennen ihn sicherlich unter seinem Spitznamen Eddi the Eagle. Können Sie sich noch an den Skispringer der 80er-Jahre erinnern, der immer der Letzte war?

Herr Minister Linssen, Sie haben auch zwei Spitznamen: der eiserne Helmut und der ehrliche Kaufmann. – Ich glaube, dies verbindet Sie mit Eddi the Eagle. Für den anderen Punkt trifft das nicht zu: Sie wollen partout nicht der Letzte sein. Sie wollen partout nicht derjenige sein, der als der Finanzminister mit der höchsten Nettoneuverschuldung in die Geschichte dieses Landes eingeht. Ihr politisches Ziel ist es, im letzten Jahr als Finanzminister dieser Landesregierung einen Haushalt vorzulegen, der diese Grenze mit 6,6 Milliarden € Nettoneuverschuldung knapp unterschreitet. Aber auch dieses Ziel werden Sie nur halbherzig erreichen, weil Sie zwar in der Nettoneuverschuldung unter dieser Zielmarke bleiben, dem Land Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushaltsplanentwurf aber eine Abschlussbilanz hinterlassen, wonach dieses Land Ende 2010 mit 129 Milliarden € verschuldet ist.

Sie sind der Minister, der auch heute in der Finanz- und Wirtschaftskrise über mehrere Milliarden an Steuermehreinnahmen verfügt. Sie sind der Minister, der in den letzten Jahren eben nicht in der Lage war, diesen Haushalt auszugleichen, obwohl es auch gute Jahre waren. Sie haben mit der mittelfristigen Finanzplanung für das Land Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2010 hinausgeschaut. Wenn man das macht, wird die Entwicklung in der schlechten Beschreibung noch weit deutlicher für die Regierungszeit, die ab 2010 wieder wir zu verantworten haben werden.

(Zurufe von der CDU)

Sie schreiben uns heute schon ins Stammbuch, dass der Schuldenberg des Landes Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2014 auf 148 Milliarden € angestiegen sein wird.

Man kann den Wählern im Land eigentlich nur zuzurufen: Schon in der Bibel steht geschrieben: Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten sollt ihr sie messen.

Lassen Sie uns den Finanzminister, lassen Sie uns diese Landesregierung und diese Koalitionsfraktionen an der Realität messen und nicht an dem, was sie uns täglich mit ihrem Verbal-Tuning vorzugaukeln versuchen.

Es hat seine Gründe, warum dieser Minister so agiert. Er agiert so, weil er das politische Ziel, nicht die rote Laterne als der Minister mit der höchsten Nettoneuverschuldung zu haben, in den letzten Jahren ganz konsequent angegangen ist. Wie wir schon gestern vom Kollegen Jäger gehört haben, bedurfte es dazu eben auch, dass der Minister einen Raubzug durch die Kommunen startete.

Sie haben die Versorgungslasten auf die Kommunen übertragen, also eine Kommunalisierung von Landesaufgaben vorgenommen. Wir haben in den letzten Wochen eine heftige Diskussion über die Aufbaumittel Ost geführt.

Wir wissen, die Kommunen haben Ihnen für den Haushalt 2010 noch einmal ein Angebot gemacht, 450 Millionen € an die Kommunen zurückzuzahlen. Sie wollen das nicht tun, sondern nur 250 Millionen € zurück überweisen. Sie wissen, dass dieser Betrag nicht ausreicht und Sie dadurch wieder den Gang der Kommunen vor den Verfassungsgerichtshof in Münster provozieren.

All das nehmen Sie einzig und allein Ihres politischen Erbes zuliebe in Kauf, welches Sie über den 9. Mai 2010 hinaus mit nach Hause nehmen möchten.

Über die Krankenhausfinanzierung, den Anteil an der Grunderwerbsteuer, über all das, was Sie den Kommunen genommen haben, wollen wir an dieser Stelle nicht mehr großartig diskutieren. Festzustellen bleibt, Sie haben einen Raubzug durch die Kommunen begonnen. Sie ignorieren, dass es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen noch nie so schlecht ging wie aktuell. Allein die Kassenkredite in Höhe von 17 Milliarden € bei den Kommunen sprechen eine deutliche Sprache.

In den 39 Jahren, in denen wir hier Politik zu verantworten hatten, geschah dies immer unter einer Prämisse. Bei uns gingen Stadt und Land immer Hand in Hand. Bei Ihnen stehen sich Stadt und Land mittlerweile mit geballten Fäusten gegenüber. Sie kämpfen dabei scheinbar im Schwergewicht, während die Kommunen wohl eher zu den Fliegengewichtlern gehören.

Das wird auch daran deutlich, dass die Kommunen und das kommunale Personal die Leidtragenden sind. Wenn Sie die Diskussion bei den Feuerwehren mitbekommen haben, wissen Sie, dass zum Beispiel in der Stadt Hagen ca. 1.000 Feuerwehrleute auf die Straße gegangen sind, weil die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, den Beförderungsstau in diesem Bereich aufzulösen. Der Beförderungsstau betrifft nicht nur die kommunalen Beamten, sondern er setzt sich in der Landesverwaltung fort.

An dieser Stelle muss man auch auf den Personalbereich zu sprechen kommen. Wir haben im Jahre 2007 vom Gutachterdienst des Landtags eine Übersicht bekommen, nach der die Einschränkungen der Besoldungsleistungen an die Beamten des Landes mittlerweile 2 Milliarden € betragen. Durch die Entscheidungen Ihrer Regierung in den letzten Jahren hat sich dieser Betrag wesentlich erhöht, sodass Ihr eigentlicher Schuldenstand, wenn Sie nicht politisch aktiv geworden wären, deutlich höher läge.

Aber lassen Sie mich mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit noch auf zwei Punkte zu sprechen kommen. Erstens. Der Ministerpräsident kündigt jetzt eine Dienstrechtsreform an und setzt dafür eine Kommission ein. Diese Kommission soll natürlich erst im Februar 2010 ihre Arbeit aufnehmen. Die Ergebnisse wird sie wahrscheinlich erst nach der Wahl präsentieren. Das ist nicht nur eine Kommission der Gestrigen. Vielmehr wurde zu dieser Kommission der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht einmal eingeladen, sondern nur der Deutsche Beamtenbund. Wer versucht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so auseinanderzudividieren, kann an dieser Stelle nur scheitern.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Wir haben häufig über die Versorgung gesprochen – Stichworte: Ruhegehaltsfähigkeit der allgemeinen Gehaltszulage usw. All diese Themen haben wir durchdekliniert.

Aber nun geschieht ein Angriff auf die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes. Es geht um das Wasserentnahmeentgelt. In der Begründung des Änderungsantrags der CDU und FDP im Haushalts- und Finanzausschuss kann man lesen:

Mit dem Gesetzentwurf zum Wasserentnahmeentgelt vom 22.09.2009 (Drucksache 14/9854) hat die Landesregierung ein Konzept vorgelegt, nach dem die Belastungen der Unternehmen durch das Wasserentnahmeentgelt schrittweise auf 0 € zurückgeführt wird. ... Die Deckung erfolgt in Höhe von 7,7 Mio. Euro durch Absenkung der Zuführung an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-Westfalen“.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist wirklich eine Unverschämtheit!)

Was für ein Ziel ist denn das überhaupt?

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Wir wissen, dass enorme Versorgungslasten auf uns zukommen. Der Minister hat in den letzten Haushaltsdebatten immer wieder erwähnt, dass Milliardenbeträge erforderlich sind.

(Christian Weisbrich [CDU]: Haben Sie es nicht kapiert?)

Nun sendet er das Signal an die Beschäftigten des Landes: Wir nehmen das von eurem Geld, das eure Pensionen sichern soll.

(Zuruf von der CDU: Blödsinn!)

Wir opfern das auf dem Altar der Gewinnmaximierung der Unternehmen. Natürlich kommt Geld zustande, weil Sie weniger Beamte einstellen. Aber der politische Wille, der dahinter steht und der immer vom Minister postuliert wurde, lautete: Lasst uns einen Kapitalstock aufbauen. – Jetzt verabschiedet er sich von seiner ehemaligen Überlegung und opfert dieses Geld. Das Signal ist: Eure Pensionen sind nicht so wichtig wie mein politisches Überleben. Ich will nicht der Minister sein, der sich mit der höchsten Nettoneuverschuldung dieses Landes verabschiedet.

Ich könnte noch vieles insbesondere zur Gesundheitspolitik sagen. Wir haben uns im Unterausschuss „Personal“ in großer Einmütigkeit auf diese Verfahren verständigt. Dabei ist anzumerken, dass sich die Schulministerin nicht in der Lage sieht, an diesem Projekt teilzunehmen, sodass wir für unsere 180.000 Lehrer immer noch nicht wissen, wie viele Krankheitsstage in den Schulen anstehen. Das kann aus meiner Sicht einer politischen Bewertung nur der Versuch sein, Unterrichtsausfall zu verschleiern. Wir werden weiterhin versuchen, dieses Thema aufzunehmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Trampe-Brinkmann. – Für die CDU-Fraktion ist nun Herr Weisbrich als Redner gemeldet.

Christian Weisbrich¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Trampe-Brinkmann, was Sie eben von sich gegeben haben, schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Oh!)

Auf die Versorgungsrücklage muss ich eingehen. Niemand entnimmt etwas aus der Versorgungsrücklage, denn sie ist gesetzlich gebunden.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Sie zahlen weniger ein! Das Signal, das Sie aussenden, ist entscheidend!)

– Es geht um die Zuführung zur Versorgungsrücklage. Sie ist personenscharf kalkuliert. Wenn weniger Personen betroffen sind, braucht man nicht so viele Mittel wie ursprünglich veranschlagt waren.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Erklären Sie das einmal den Leuten draußen!)

Das ist der Sachverhalt. Erzählen Sie nicht so einen Blödsinn; das ist ja schrecklich.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Einzelplan 20 ist das gesamte Haushaltsgeschehen wie in einem Brennglas gebündelt. Dieser Einzelplan zeigt auf, wie solide dieser Finanzminister wirtschaftet. Der Einzelplan ist der zentrale Ort für die Skizzierung eines abweichenden Politikentwurfs der Opposition. Sie können durchaus andere Vorstellungen haben.

Hieran wird deutlich, wie sehr die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der Koalition dazu beiträgt, die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren zu meistern. Denn trotz des dramatischen Konjunktur einbruchs mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um rund 5 % im Jahre 2009 bleibt die Nettoneuverschuldung mit 6,575 Milliarden € hinter der rot-grünen Rekordmarke von 6,7 Milliarden € im Jahre 2005 zurück.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja, ja! Das ist eine rein theoretische Größe, Herr Kollege!)

– Frau Walsken, dass Sie das ärgert, verstehe ich. Dass Sie uns und den Finanzminister antreiben wollen, diese Marke zu übertreffen, verstehe ich auch.

(Gisela Walsken [SPD]: Eine rein theoretische Marke!)

Wir tun das aber nicht, sondern bleiben dahinter zurück. Wir nehmen eine geringere Nettoneuverschuldung in der größten Krise aller Zeiten auf, als Sie das in normalen Zeiten getan haben. Das ist schon mal ein himmelweiter Unterschied.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Für diese Leistung gebührt dem Finanzminister aus unserer Sicht ganz große Anerkennung.

(Beifall von CDU und FDP)

Doch zu dieser gebotenen Anerkennung scheint die Opposition aus aufgrund schierer Missgunst nicht fähig zu sein. Stattdessen, Frau Walsken, schwadronieren Sie über angebliche Buchungstricks

(Edgar Moron [SPD]: Jetzt schwadronieren Sie!)

und reden Umschichtungen in Höhe von fast 400 Millionen € das Wort – angeblich ohne neue

Schulden und Finanztricks. Das ist Ihr Gestaltungswille in diesem Einzelplan.

Was diese Versprechungen wert sind, lässt sich an drei Positionen festmachen: Sie veranschlagen in alter Sozialistenmanier Luftbuchungen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb von 120 Millionen €. Sie erhöhen völlig unbegründet mitten in der Krise die Steuereinnahmen um 110 Millionen €, und – das schlägt dem Fass den Boden aus – Sie senken den Ansatz für Zinszahlungen ebenfalls ganz willkürlich um 135 Millionen €, obwohl die Verschuldung um 6,5 Milliarden € ansteigt und ein Rückgang der Marktzinsen am Horizont nicht erkennbar ist.

Liebe Frau Walsken, die wunderbare Brotvermehrung im Neuen Testament ist nichts gegen Ihre Geldvermehrung.

(Beifall von der CDU)

Bei solchen Deckungsvorschlägen erübrigt sich die Auseinandersetzung mit dem politischen Konzept von Anfang an. Das ist alles Bruch, unsolide und nicht finanziert. Sie haben nichts dazugelernt. Was Sie hier vorschlagen, ist unseriös. Das haben Sie immer so gemacht, und – ich sage es noch mal – Sie haben in all den Jahren nichts dazugelernt. Genau diese Traumtänzermentalität ist die Ursache für den Schuldenberg, den Sie bis zu Ihrer Abwahl aufgetürmt haben.

(Beifall von der CDU)

Ich entsinne mich noch gut, als uns Frau Kraft in einer ihrer ersten Reden als Oppositionsführerin zugerufen hat: Das sind jetzt eure Schulden. – Welch ein Glück für sie. Sie ist sie los, jetzt sind es unsere Schulden. Das war schon ziemlich dreist. Aber noch dreister ist die Behauptung, wir hätten zwischen 2005 und 2008, in der Zeit sprudelnder Steuerquellen, nicht genug für die Schuldentilgung getan. Wer das behauptet, Herr Trampe-Brinkmann, rechnet bewusst falsch, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

(Gisela Walsken [SPD]: Och! – Zuruf von Thomas Trampe-Brinkmann [SPD])

– Ich will versuchen, es so zu erklären, dass auch Sie es verstehen. –Rechnet man den Zuwachs im kommunalen Steuerverbund, über den wir nicht verfügen können, heraus, haben wir seit der Abwahl von Rot-Grün rund 90 % der disponiblen Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Nettoneuverschuldung genutzt. Der Rest wurde angelegt für mehr als 7.000 zusätzliche Lehrer, für schulische Ganztagsbetreuung, für eine Steigerung der U3-Betreuungsplätze von 11.000 auf 86.000 und für umfassend verbesserte frühkindliche Erziehungs- und Betreuungsangebote.

Wenn Sie das für einen unsoliden Umgang mit Steuermitteln halten, lassen wir die Menschen im Land doch einfach darüber abstimmen. Ich bin si-

cher, nach dem historischen Tief bei der Europawahl, dem historischen Tief bei der Kommunalwahl und dem historischen Tief bei der Bundestagswahl werden die Sozialdemokraten auch bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 ein historisches Tief einfahren. Da bin ich ganz sicher; darauf können wir es mal ankommen lassen.

(Beifall von der CDU – Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Davor, Herr Kollege, wird Sie auch die systematische Verbreitung von Unwahrheiten nicht retten.

Ich stelle fest: Die Mehrbelastungen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes sind in vollem Umfang gedeckt.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Hallihallo!)

Die Landesregierung hält sich auch mit der Ergänzungsvorlage an ihre haushaltspolitischen Leitlinien.

(Zurufe von der SPD)

– Sie können das Gegenteil nicht beweisen.

(Gisela Walsken [SPD]: Dazu kommen wir gleich!)

Sie behaupten immer irgendetwas. Die Zahlen, die der Finanzminister vorgelegt hat, sind doch ganz eindeutig. Die Mehrbelastungen sind in vollem Umfang gedeckt und finanziert. Sie sind da, aber sie werden aufgefangen, ohne dass wir die Nettoneuverschuldung erhöhen müssen.

Die Landesregierung hält sich mit der Ergänzungsvorlage an ihre haushaltspolitischen Leitlinien. Sie hat die Steuermehreinnahmen realistisch kalkuliert, und sie hat umfassend Vorsorge für Belastungen getroffen, die sich im nächsten Jahr ergeben. Deshalb können und werden wir nach dem Ende der Krise unseren Konsolidierungskurs fortsetzen. Auch das hat der Finanzminister schon angekündigt.

Solche Weitsicht mag der Opposition wesensfremd sein; aber sie entspricht den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht, von denen wir uns leiten lassen. Deshalb ist der Haushalt 2010 in einem äußerst stürmischen und schwierigen Umfeld ein guter Haushalt, dem wir aus vollem Herzen zustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind am Schluss einer sehr intensiven und sehr ausdauernden Beratung der

Einzelpläne aus fachpolitischer Sicht, und es ist noch Gelegenheit, zum Einzelplan des Finanzministeriums, aber insbesondere auch zum Einzelplan 20 einige Anmerkungen zur finanz- und haushaltspolitischen Konzeption des Haushalts 2010 zu machen.

Noch stärker als der Haushalt 2009 steht der Haushalt für das kommende Jahr 2010 im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das lässt sich wohl nicht leugnen. Eine im Jahr 2007 am US-Hypothekenmarkt entstandene Krise hat mittlerweile zu einer gestandenen Wirtschafts- und Finanzkrise in der ganzen Welt geführt. Das spiegelt sich natürlich auch in diesem Haushalt wider. Das hat Auswirkungen auf alle öffentlichen Haushalte und auf alle staatlichen Ebenen.

Herr Kollege Trampe-Brinkmann, das ist ein Effekt, den wir bei den kommunalen Finanzen ebenfalls bemerken, dass sie – wie der Landeshaushalt und der Bundeshaushalt, also wie alle Ebenen – von dieser Finanz- und Wirtschaftskrise mit betroffen werden. Wenn Sie gerade anführten, Stadt und Land Hand in Hand, will ich mir den Hinweis erlauben, dass Sie es in all den Jahren und Jahrzehnten, in der Ihre Fraktion und Ihre Partei in diesem Land Verantwortung getragen haben, zugelassen haben, dass die Kommunen strukturell in eine Schieflage geraten sind, ohne dass Sie ihnen wirksame Kommunalfinanzmittel an die Hand gegeben haben, um strukturell konsolidierte Haushalte vorzulegen.

Wir haben beim Haushalt 2009 das Konjunkturpaket der damaligen CDU/SPD-Bundesregierung diskutiert und haben es als eines der ersten Länder in unsere Haushalte implementiert. Wir blicken jetzt den nächsten Konjunkturmaßnahmen der CDU/FDP-Bundesregierung entgegen. Wir haben gleich noch Gelegenheit dazu, etwas zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu sagen. Wir handeln auch an der Stelle vorausschauend, indem wir diese Konjunkturmaßnahmen in unserem Landeshaushalt zu verankern.

Meine Damen und Herren, natürlich wird es niemand mit Zufriedenheit erfüllen, dass wir aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden € gezwungen sind. Wir bleiben damit aber unter dem historischen Höchststand von Rot-Grün.

Es wurde gerade gesagt, in der Addition der gesamten Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen erreichten wir nach dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes zum Ende des Haushaltsjahres 2010 einen historischen Höchststand. Das ist natürlich völlig klar. Dabei müssen Sie aber auch die Schulden berücksichtigen, die Sie uns übertragen und hinterlassen haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Dazu kommen wir gleich noch!)

Zur jährlichen Zinsbelastung für diese Schulden in Höhe von über 5 Milliarden € zählen Sie bitte auch

noch die Investitionen hinzu, die wir trotz der historischen Krise getätigt haben.

(Beifall von der CDU)

Gerade im Bereich der Investitionen in den Faktor Humankapital – so möchte ich es bezeichnen – haben wir klare Prioritäten gesetzt, weil wir erkannt haben, dass Bildung nicht nur der Schlüssel für Chancengleichheit und für ein faires und unabhängiges Leben ist, sondern zugleich auch den zentralen Faktor bei Geschwindigkeit und Intensität der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildungsinfrastruktur und der gesamten Industriestruktur in unserem Land Nordrhein-Westfalen darstellt. Im Bildungsbereich haben wir die größten Chancen auf Fairness und gelebte Solidarität auch im sozialen Bereich und können den Menschen Optionen eröffnen, um sich selbst wieder Wohlstand zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, auf einige Zahlen haben wir in den Einzelplanberatungen schon hingewiesen. Die Zahl der Betreuungspätze in den Kindertagesstätten wurde dramatisch erhöht auf über 100.000. Der Schuletat ist seit dem Jahr 2005 um fast 2 Milliarden € angewachsen. Die Zahl der Lehrerstellen wird nächstes Jahr um 8.124 Stellen gewachsen sein. Der Hochschuletat wurde um 13 % ausgeweitet. Noch niemals in der Geschichte dieses Landes Nordrhein-Westfalen hat das Land so viel in die Bildung der jungen Menschen investiert, wie wir es seit dem Jahr 2005 getan haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns an, was im Bereich der Konsolidierung passiert ist.

(Andreas Becker [SPD]: Gar nichts!)

Auch in diesem Bereich können sich die Erfolge durchaus sehen lassen. Seit 2005 haben wir jede Ausgabe und jede Aufgabe kritisch auf den Prüfstand gestellt,

(Zuruf von Andreas Becker [SPD])

und wir konnten bereits erste wirklich nachhaltige Erfolge bei der dringend notwendigen strukturellen Konsolidierung des Landeshaushalts erreichen. Wir scheuen dabei auch nicht die natürlich zwangsläufige Kritik von der einen oder anderen Seite. Trotz der bisherigen ersten Erfolge – wir sind ja noch nicht fertig – muss die Konsolidierung des Landeshaushalts bei Erstarren der Konjunktur weiterhin das vorrangige Ziel bleiben.

Meine Damen und Herren, hätten wir für das Haushaltsjahr 2008 nicht in einem gewaltigen Umfang für Risiken bei der WestLB Vorsorge treffen müssen – darauf muss man einfach noch einmal hinweisen – und hätte es nicht die Beteiligung des Landes am Finanzmarktstabilisierungsgesetz gegeben – ebenfalls eine Vorsorgemaßnahme für Effekte, die diese Landesregierung und CDU und

FDP in dieser politischen Konstellation nicht zu verantworten haben –, hätten wir bereits für das Haushaltsjahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Die erwähnten Risiken bei der WestLB sind vor unserer Regierungsübernahme entstanden, weil man sich eben nicht früher von dem Landesanteil an dieser international agierenden Landesbank verabschiedet hat. Das hat man immer als ein Schreckgespenst bezeichnet, ist damit natürlich Risiken für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eingegangen und will teilweise auch heute noch nicht konsequent diesen Weg gehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ohne diese Risikovorsorge hätten wir sogar einen Überschuss erzielt und wären damit in der Lage gewesen, Schulden wieder abzubauen. Schuldenabbau muss nach Überwindung der Krise das vorrangige Ziel einer jeden nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik sein; denn die Schulden, die über Jahre und Jahrzehnte in diesem Land aufgehäuft wurden, sind Gift für die Chancengerechtigkeit und für die Realisierung von Lebensperspektiven der nachfolgenden Generationen.

Man könnte noch vieles zu Ihren Änderungsanträgen sagen. Die Kiesabgabe wurde ebenso wie einige Vorschläge zur Gegenfinanzierung schon angesprochen, auch die erwarteten Steuereinnahmen in willkürlicher Höhe, die nun ganz plötzlich in Ihren Änderungsanträgen auftauchen.

(Zuruf von Andreas Becker [SPD])

Solche Anträge verbieten sich in einer seriösen Haushalts- und Finanzpolitik. Von meinen Kollegen von der Opposition hätte ich wenigstens einen seriösen Beitrag zur Haushalts- und Finanzdiskussion erwartet. Da habe ich wohl zu viel erwartet.

(Zuruf von Andreas Becker [SPD])

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss ein Wort des Dankes aussprechen, weil das an dieser Stelle dazu gehört. Wir haben in unserem Land Nordrhein-Westfalen sehr engagierte Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte, Angestellte und Arbeiter, die in allen Bereichen der Landesverwaltung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeiten und damit einen sehr wichtigen Beitrag leisten. Weil wir gerade über den Einzelplan des Finanzministeriums diskutieren, darf ich an dieser Stelle einen besonderen Dank an die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten adressieren, die als eine Eingriffsverwaltung – jedenfalls vom Steuerzahler so empfunden – einen besonderen Beitrag dabei leisten, den Bürgern das zu vermitteln, was wir hier in diesem Parlament an Prioritäten setzen. Sie sind es, die bei den Bürgern die Steuern von deren Eigentum, von deren hart erarbeitetem Geld einsammeln müssen.

Meine Damen und Herren, wir werden den beschrittenen Weg der Haushaltskonsolidierung durch Investitionen und Einsparungen fortsetzen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Selbstverständlich werden wir dem Landeshaushalt 2010, so wie er uns vom Haushalts- und Finanzausschuss hier vorgelegt wurde, unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Becker.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen einen Haushalt zur Kenntnis, der den Schuldenstand erneut im Gegensatz zu dem, was man hier teilweise von den Rednerinnen und Rednern der Regierungsfractionen hören konnte, in die Höhe schnellen lässt. Ich will noch einmal an zwei, drei Zahlen ganz deutlich machen, was hier eigentlich dahintersteht.

Wir werden am Ende des Jahres 2010 bei einem Schuldenstand von 132 Milliarden € liegen. Das sind, damit wir das auch auf den Punkt bringen, ziemlich genau 26 Milliarden € mehr als vor fünf Jahren. Dies wiederum heißt, es sind im Vergleich zum Anfang dieser Regierungszeit 20 % mehr Schulden in nur fünf Jahren. Das ist die erste Zahl.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die zweite Zahl bringe ich jetzt: Sie hatten in diesen Jahren absolute Rekordsteuereinnahmen, insbesondere in den Jahren 2006, 2007 und 2008. Im Jahr 2008 hatten sie fast 8 Milliarden € oder eben auch wieder 25 % mehr an Steuereinnahmen als Rot-Grün im Jahre 2004. Auch das ist ein Fakt. Daraus wird schon einmal auf dem ersten Blick deutlich, dass Sie überhaupt nicht gut gewirtschaftet haben können, sondern schlecht gewirtschaftet haben müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann will ich direkt am Anfang etwas dazu sagen, dass Sie wieder versuchen, mit einem Bild zu arbeiten, von dem mittlerweile als gesichert angenommen werden kann, dass es die Grundmelodie im Wahlkampf sein wird: Sie seien quasi auf gutem Wege gewesen, aber durch die plötzlich übrigens nicht nur aus Amerika über uns hereinbrechende Finanzkrise gehindert worden; sie habe dazu geführt, dass Sie am Ende bedauerlicherweise keine Konsolidierung hätten erreichen können.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Legendenbildung!)

Ich muss das an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen, und ich sage das auch abweichend von

meinem Manuskript: Selbst 2009, in diesem Jahr der scharfen Finanzkrise, haben Sie immer noch 3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, als wir im Jahr 2004 hatten. Das sind 10 %.

(Beifall von GRÜNEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

Wenn ich Ihre Maßstäbe anlege, dann muss ich sagen: Sie wirtschaften hier absolut unseriös, und das wird auch an einigen anderen Punkten deutlich.

Meine Damen und Herren, Sie möchten offensichtlich um jeden Preis die Zahl 6,7 Milliarden nicht reißen. Das verstehe ich; denn Sie sind ja am Anfang mit ganz großen Versprechungen angetreten: Sie wollten den Haushalt konsolidieren, Sie wollten gleichzeitig mehr für die Jugendarbeit, für die Weiterbildung und für die Kommunen ausgeben. Das alles haben Sie nicht eingehalten. Sie haben immer das Gegenteil davon gemacht, und Sie haben auch den Haushalt nicht konsolidiert. Deswegen müssen Sie jetzt am Ende auch irgendeine Erklärung dafür haben.

(Beifall von GRÜNEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

Dieses Erklärungsmuster habe ich Ihnen eben genannt. Dazu hat man dann noch als Nebenargumentation zur Kenntnis nehmen können: Dann kam da noch diese dumme WestLB über uns, die wir eigentlich haben verkaufen wollen; das war eigentlich auch alles Rot-Grün. Dazu würde ich jetzt gerne einmal – der Finanzminister wird gleich Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen – ein paar Fakten gerade rücken.

Die Finanzkrise, die übrigens nicht nur in den USA zustande gekommen ist, sondern auch in Europa und in Deutschland – ich erinnere an die IKB, letztlich eine private Bank und nicht eine Staatsbank, wie immer behauptet worden ist –, war im Jahre 2007. Vom Mai 2005 bis Mitte 2007 waren zwei Jahre Zeit. Wenn Sie sich doch so hätten durchsetzen wollen, wie Sie es gesagt haben, hätten Sie zusammen mit diesem Finanzminister die WestLB doch längst verkauft haben können. Das haben Sie aber nicht gemacht, und zwar deswegen nicht, weil der Finanzminister damals immer gesagt hat: Die wird noch mehr wert, wir müssen nur ein bisschen warten, die wird noch mehr wert. – Das war die Melodie. Dies alles lässt sich auch heute noch an den Pressespiegeln von damals nachvollziehen. Da haben Sie sich in der Koalition an Ihrem Finanzminister die Zähne ausgebissen. Deswegen sage ich: Lassen Sie an dieser Stelle Rot-Grün in Ruhe. Sie hatten zwei Jahre Zeit für den Verkauf der WestLB.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zum Finanzminister an dieser Stelle noch ein Wort: Der Finanzminister Linssen – bei allem, wie wir manchmal auch nett und charmant miteinander umgehen können; hier muss man aber Klartext

reden – war in all diesen Jahren in den Aufsichtsgremien der WestLB. Er kann sich hier nun überhaupt nicht wegschwiegeln. Er müsste auch wissen, dass gerade die Geschäfte um die CDOs und die gesamten strukturierten Papiere insbesondere in den letzten drei Jahren vor der Krise zustande kamen. Das sagt Ihnen die gesamte Fachwelt. Da waren Sie hier am Ruder und nicht Rot-Grün. Deswegen lassen Sie diese Legendenbildung; sonst werden Sie das auch immer wieder so zu hören bekommen.

Meine Damen und Herren, was haben Sie nicht alles versprochen! Sie haben versprochen, dass Sie die vorübergehenden Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bei Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen zurücknehmen würden. Sie haben 2006 aber das Gegenteil getan. Später haben Sie Besoldungserhöhungen verzögert und insgesamt 1 Milliarde € bei den Einkommen der Landesbediensteten eingespart.

Sie haben das von Ihnen so beschimpfte und heruntergeredete Wasserentnahmegeld nicht etwa mit einem Federstrich aus der Welt geschaffen, sondern sich zu einer degressiven, über zehn Jahre auslaufenden Kürzung durchgerungen, die im Jahr 2010 beginnen soll. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wer's glaubt, wird selig. So, wie wir Sie in den letzten vier Jahren erlebt haben, werden Sie auch dies nach der Wahl, wenn Sie wider Erwarten weiterregieren sollten, wieder einkassieren. Das sind nichts anderes als Märchengebäude, die Sie der Öffentlichkeit vormachen, genau wie das Märchengebäude der 6,7-Milliarden-Obergrenze bei der Verschuldung.

(Beifall von GRÜNEN und Thomas Trampe-Brinkmann [SPD])

Sie werden am Ende des Jahres, wenn Sie wider Erwarten weiterregieren können, sagen: Es ist leider nicht aufgegangen – Finanzkrise –, hat alles etwas länger gedauert, als wir erwartet haben. Ich sage Ihnen noch einmal: Rot-Grün hat damals die deutlich niedrigeren Steuereinnahmen gehabt, und Rot-Grün hat das ausgehalten. Rot-Grün hat in dieser Zeit übrigens die Kommunen fair behandelt.

(Lachen von der CDU)

– Ja, selbstverständlich! Herr Kollege, zu unserer Zeit haben sie die Grunderwerbsteueranteile bekommen, die Sie gestrichen haben. Zu unserer Zeit haben sie auch die Zuschüsse für die Krankenhausinvestitionen bekommen, die Sie gestrichen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zu unserer Zeit haben sie mehr Hilfen für die Weiterbildung bekommen, die Sie gestrichen haben. Zu unserer Zeit haben sie mehr für die Jugendförderung bekommen als zu der Zeit, als Sie dies dann übernommen haben, obwohl Sie im Wahlkampf

eine Erhöhung versprochen hatten, Herr Kollege. So ist die Wirklichkeit!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Diese Landesregierung ist im Zusammenhang mit dem KIFöG gegenüber den Kommunen eine der schäbigsten Landesregierungen gewesen. Das gibt es in dieser Art und Weise bundesweit fast kein zweites Mal, was Sie hier zulasten der Kommunen veranstalten!

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind die kommunalfeindlichste Landesregierung, die es hier je gegeben hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das lässt sich auch wieder an einer Zahl belegen, Herr Kollege. Das ist doch ganz einfach.

(Zurufe von der CDU)

– Stellen Sie doch einfach einmal eine Zwischenfrage, Herr Kollege! Wenn Sie es fundiert könnten, würden Sie einmal eine Zwischenfrage stellen. Dann dürfte ich Ihnen auch länger antworten.

30 % dessen, was wir an Steuereinnahmen hatten, haben Sie mehr gehabt. Sie haben den Kommunen nur 15 % mehr gegeben als vorher. Mithin macht das, was Sie ihnen vorenthalten haben, ziemlich genau die Hälfte aus, nämlich auch wieder 15 %.

Sie rechnen immer in absoluten Zahlen. Das ist aber völlig unwichtig. Wenn ich jemandem, dem in einem bestimmten, systematischen Gebilde eine Lohnerhöhung zugesagt wurde, sage, er solle sich nicht so anstellen, ihm sei zwar eine Lohnerhöhung zugesagt worden, doch bekomme er nun 1 %, weil das in absoluten Zahlen mehr sei, als er jemals bekommen habe, dann wird er Ihnen aber ganz schön etwas erzählen. Und genau das machen Sie mit den Kommunen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das, was Sie hier veranstalten, ist eine absolut unseriöse Steuerpolitik. Ich werde das an einem anderen Punkt deutlich machen, der gleich ausführlicher besprochen wird, deswegen mache ich es relativ kurz. Sie tun hier so, als würden Sie sparen – an Geschichten wie zum Beispiel an einem landesweiten Zuschuss für das Sozialticket, wie beim kostenlosen Essen mittags in den Schulen oder Ähnlichem. Ich will Ihnen das einmal im Zusammenhang mit den kostenlosen Mittagessen in den Schulen erklären.

Wenn sie allein die Steuerausfälle von über 600 Millionen €, die den Besserverdienenden durch die Zustimmung im Bundesrat, die auch abhängig ist von der Zustimmung aus Nordrhein-Westfalen, über den Tisch gereicht werden, den Kosten von 63 Millionen € für eine beitragsfreie Mahlzeit mittags in den Schulen gegenüberstellen, dann kommen Sie ziemlich genau auf eine Strecke von zehn

Jahren, in denen Sie das beitragsfreie Mittagessen bezahlen könnten, wenn Sie auf den Quatsch, den Sie aus ideologischen Gründen nur für Herrn Westerwelle und diese gaga gewordene Steuerpolitik der FDP machen, verzichten würden. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Solange Sie eine solche Politik veranstalten, können Sie nicht mehr ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, Sie seien seriös. Mit Seriosität hat diese Haushaltspolitik dieser Landesregierung aber auch nicht das Geringste zu tun. Auch deswegen gehören Sie in fünf Monaten abgelöst. Ich bin optimistisch, dass das gelingt. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für eine Antwort hat sich der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Linssen, bereitgestellt.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Becker, auch Lautstärke kann eine wahrheitsgetreue Berichterstattung nicht ersetzen. Das kann ich nur zu Ihrem Beitrag sagen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagen Sie mal Ihrem Kollegen Laumann! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Obwohl ich es schon öfter getan habe, möchte ich Ihnen noch einmal sagen, was wir seit 2005 gemacht haben. Vielleicht geht das irgendwann in Ihre Köpfe hinein. Wir haben seit 2006 Ihre horrende Nettoneuverschuldung, die Sie 2003, 2004 und 2005 mit jeweils 6,7 bzw. 6,8 Milliarden € gemacht haben, heruntergefahren auf 3,2 Milliarden €, dann auf 1,9 Milliarden € und schließlich auf 1,1 Milliarden €. Herr Kollege Weisbrich hat Ihnen vorgetragen, dass das Jahr 2008 im Grunde mit einem positiven Saldo hätte abgeschlossen werden können, hätten wir nicht die Risiken der WestLB und die Finanzmarktstabilisierungsrisiken abgedeckt.

Herr Becker, ich möchte Ihnen, da Sie es immer wieder vortragen, noch einmal entgegenhalten, dass ich nicht im Aufsichtsrat der WestLB AG war. Sie ist im Jahr 2001 gegründet worden. Ich war nicht im Aufsichtsrat – vielleicht merken Sie es sich doch irgendwann einmal –, sondern im Verwaltungsrat der NRW.BANK. Das hat damals Ihre Regierung vielleicht sogar richtig gemacht, als sie entschieden hat, ich solle nicht in den Aufsichtsrat der WestLB AG, sondern ich dürfe in die Förderbank. So halten wir es mit Frau Kraft ja auch, wie Sie wissen. Das ist scheinbar gute Tradition. Vielleicht können Sie, Herr Becker, das einmal wahrheitsgemäß vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann können Sie das jetzt tun, Herr Becker. Bitte schön.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Danke, Herr Minister. Würden Sie mir Recht geben, dass die gesamte Fachliteratur und Fachszene in Bezug auf das Anwachsen der strukturierten Papiere deutlich davon ausgehen, dass das jenseits von 2001, also zur Jetzt-Zeit passiert ist, und nicht vor 2001, und dass das in einer Exponentialkurve insbesondere in den letzten drei Jahren vor Ausbrechen der Finanzkrise passiert ist?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Lieber Herr Becker, das ist keine Antwort auf die von Ihnen vorhin fälschlich behauptete Tatsache. Sie sprechen jetzt über Papiere und fragen, wann sie sich entwickelt haben. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass sie von der Bank ab 1998/1999 gekauft worden sind und dass fast 80 % vor dem Jahr 2005 gekauft wurden. Das habe ich Ihnen schon einmal vorgetragen. Ihre Behauptung stimmt einfach nicht. Es ist nicht nach 2005 passiert. Ich bin seit Mitte des Jahres 2005 im Aufsichtsrat. Wir haben uns in dieser Zeit nichts vorzuwerfen, um es klar und deutlich zu sagen.

Sie haben die weitere Behauptung aufgestellt, wir hätten zwei Jahre lang Zeit gehabt, die Bank zu verkaufen. Ich will Ihnen sagen, wie das wirklich war: In den Jahren 2002, 2003 und 2004, also während Ihrer Regierungszeit, gab es in der Bank Riesenverluste von insgesamt 4,8 Milliarden € in drei Jahren, die uns heute als Kapital fehlen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Hört, hört!)

Die Bilanz für das Jahr 2005 kam Ende März 2006 – die erste positive Bilanz. Daraufhin haben wir uns angeschaut, ob wir die Bank verkaufen können, weil wir so etwas schon in der Koalitionsvereinbarung verankert hatten. Wir haben uns niemals, so wie Sie, als Staatsbanker gefühlt, um auch das klar und deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU)

Sie müssen bei einer solchen Bank nicht beteiligt sein. Dafür haben wir die Förderbank. Insofern war es richtig, dass Herr Steinbrück diese Bereiche im Jahr 2001 getrennt hatte. Lieber Herr Becker, berücksichtigen Sie, dass diejenigen, die angesprochen worden sind – das kann ich Ihnen ganz offen sagen –, erklärt haben: Dann bringt uns erst einmal eine zweite ordentliche Bilanz. – Die Bilanz für das

Jahr 2006 wurde Ende März 2007 abgeschlossen. Am 2. April passierten die ganzen Spread-Geschäfte, das heißt, wir hatten 600 Millionen € an Verlusten zu schultern. Wie wollen Sie das in einem solchen Klima bewältigen? Ich sage auch anderen gegenüber, die meinen, wir hätten die Bank in diesem Zeitraum verkaufen können, ganz klar: Es war nicht möglich.

Ich will gerne etwas zu der leider sehr stark angestiegenen Verschuldung sagen. Aber, Herr Becker, Sie werden doch nicht leugnen, dass wir nun die schwerste Wirtschaftskrise und damit die schwierigsten Verhältnisse seit Kriegsende haben. Wenn wir jetzt mit 6,57 Milliarden € unter Ihrer Nettoneuverschuldung bleiben, so ärgert Sie das. Deshalb versuchen Sie, uns dauernd irgendwie anzuhängen, dass wir eigentlich darüber wären. Dann erfinden Sie, wir müssten eigentlich noch eine Milliarde € den Kommunen geben.

(Widerspruch von der SPD)

Wir haben sogar trotz des schwierigen Jahres 2009 – das Thema behandeln wir gleich noch – den Kommunen 251 Millionen € zusätzlich gegeben. Das haben wir alles geschafft bzw. werden wir schaffen, ohne die Nettoneuverschuldung zu erhöhen.

(Ute Schäfer [SPD]: Und es den Kindergärten wegnehmen!)

Ich will Ihnen zum Jahr 2009 gerne noch etwas sagen. Sie werden im Jahr 2009 zu Ihrem Leidwesen mit ziemlicher Sicherheit wieder einen positiven Abschluss dieses Finanzministers erleben.

(Lothar Hegemann [CDU]: Hört, hört! – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Das ärgert Sie fürchterlich – ich weiß es –, zumal die Steuereinnahmen natürlich bis zum Gehtrichtmehrer eingebrochen sind. Aber da wir vorsichtig herangegangen sind,

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD])

werden wir das diesmal auch wieder schaffen. – Da lachen Sie. Ich will es Ihnen einmal beweisen, damit Sie sehen, wie Sie hier gewirtschaftet haben. Sie haben im Jahr 2001 einen Haushalt eingebracht mit einer Nettoneuverschuldung von 3,1 Milliarden €, gelandet sind Sie bei 5,4 Milliarden €.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie landen bei 8 Milliarden €)

Sie haben im Jahr 2002 einen Haushalt mit einer Nettoneuverschuldung von 3,4 Milliarden € eingebracht, gelandet sind Sie bei 4,1 Milliarden €.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Im Jahr 2003: eingebracht mit 3,8 Milliarden €, gelandet bei 6,6 Milliarden €. Im Jahr 2004: eingebracht mit 5,2 Milliarden €, gelandet bei 6,7 Milliarden €. Im Wahljahr 2005: eingebracht mit 3,8 Milliarden €, gelandet bei 6,7 Milliarden €. Hören

Sie mal: Wer eine solche Bilanz hat, sollte sich schämen.

(Beifall von CDU und FDP)

Jedes Mal haben wir hier Nachträge machen müssen. Jedes Mal wurde das Parlament negativ überrascht. Jedes Mal haben Sie uns erzählt – ich weiß noch, wie sich Herr Dieckmann hier hingestellt und uns das gesagt hat –: Leider sind wir negativ überrascht worden.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau wie Sie!)

Ach, die Steuereinnahmen sind nicht so gekommen. Die Ausgaben in dem und dem Bereich sind ...

(Ute Schäfer [SPD]: Sie doch selbst!)

So, nun will ich Ihnen einmal vortragen, was wir gemacht haben. Wir haben den Haushalt 2006 eingebracht mit einer Nettoneuverschuldung von 5,6 Milliarden €. Das waren 1,1 Milliarden € unter Ihrem Haushalt. Gelandet sind wir bei 3,2 Milliarden €. Das ist eine Differenz von 2,3 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP)

2007: eingebracht mit 3,2 Milliarden €, gelandet bei 1,9 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP)

2008: Haushalt eingebracht mit 1,8 Milliarden €, bei 1,1 Milliarden € gelandet und gleichzeitig 1,3 Milliarden € Rückstellungen gebildet für Finanzmarktkrisiken und WestLB.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

So arbeiten vorsichtige Kaufleute, damit Sie das mal klar haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Altenkamp?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Kollegin.

Britta Altenkamp (SPD): Danke schön, Herr Minister. Können Sie mir sagen, wie viele verfassungsgemäße Haushalte Sie bislang vorgelegt haben?

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Wie viele verfassungsgemäße Haushalte?

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Wir haben den Haushalt 2006 als verfassungswidrig vom Verfassungsgericht erklärt bekommen, weil wir dem Verfassungsgericht damals erklärt haben – das wissen Sie doch ganz genau –: Wir sind durch die Riesenverschuldung der alten Regierung in einer Zwangsjacke;

(Zurufe von der SPD: Aha!)

wir können es nicht sofort schaffen. Und wir haben bereits 2007 die Verfassungsgrenze natürlich wieder unterschritten. Völlig klar: 2007 und 2008 waren es verfassungsgemäße Haushalte, natürlich.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Sie haben im Vollzug seit 2001 nur verfassungswidrige Haushalte hier vorgelegt.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich ein paar Worte sagen zu der absolut unseriösen Art und Weise, wie hier vor allen Dingen von Frau Walsken gearbeitet wird.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Frau Walsken, Sie haben mich bei Einbringung des Haushalts – als Sie den studiert haben – gescholten, wir hätten die Steuereinnahmen mal wieder viel zu hoch angesetzt.

(Gisela Walsken [SPD]: Eher zu niedrig, Herr Kollege!)

– Ja, presseöffentlich von Ihnen: zu hohe Steuereinnahmen!

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich habe gedacht, jetzt setzt die SPD die Steuereinnahmen runter, weil das alles so schwierig ist. Was macht sie? Sie macht hier Riesenanträge wie zum Beispiel zum Kibiz in Höhe von 243 Millionen €,

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

um das letzte Kindergartenjahr natürlich dieses Jahr vor dem Publikum

(Gisela Walsken [SPD]: Jedes Jahr, Herr Minister!)

als gebührenfrei darzustellen. Und dann macht sie Deckungsvorschläge wie diesen – halten Sie sich fest! –: Erhöhung der Steuermehreinnahmen um 110 Millionen €

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Britta Altenkamp [SPD]: Es sind doch 140 Millionen €)

Hören Sie mal! Sie können doch nicht alle Tassen im Schrank haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Grünen, meine Damen und Herren, können es noch besser. Die legen sogar 260 Millionen € drauf und erklären uns vorher immer, wir würden die Steuereinnahmen viel zu hoch ansetzen.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Das sei nur geschehen, um im Jahr 2010 unter ihrer Verschuldungsgrenze zu bleiben. – Hören Sie mal, irgendwo müssen Sie doch ein bisschen konsistent arbeiten!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Sie! – Britta Altenkamp [SPD]: Das sagt genau der Richtige!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Walsken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin Walsken, bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herr Finanzminister, substanzial: Haben Sie mal hineingeschaut in Ihren Haushalt, wo Sie 145 Millionen € Steuermehreinnahmen

(Ute Schäfer [SPD]: Statt 110 Millionen €)

statt der 110 Millionen € angesetzt haben? Warum verschweigen Sie das Ihrer applaudierenden Mannschaft? Ist an dieser Stelle nicht ganz deutlich, Herr Finanzminister, dass Sie doch offensichtlich versuchen, wegen der magischen Nettoneuverschuldungszahl hier zusätzliches Geld zu rekrutieren?

(Beifall von Ute Schäfer [SPD])

Warum sagen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen das nicht?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Muss ich einen Blick in den Haushalt tun, wenn ich ihn selber aufgestellt habe? Also, das ist schon ein tolles Stück.

(Ute Schäfer [SPD]: Warum sagen Sie dann die Unwahrheit? – Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Hören Sie mal: Wir haben nach der Steuerschätzung im November eine höhere Steuereinnahme um 145 Millionen € attestiert bekommen

(Gisela Walsken [SPD]: Sehen Sie!)

durch die Steuerschätzungskommission. Sie gehen jetzt mit 110 Millionen € noch darüber hinaus.

(Gisela Walsken [SPD]: Mit 110 Millionen € – runter!)

Das werfe ich Ihnen vor, und das werfe ich Ihnen zu Recht vor. Und den Grünen werfe ich vor, dass sie noch 260 Millionen €... Wie rechnen Sie denn eigentlich?

(Gisela Walsken [SPD]: Hallo! Lassen Sie sich mal etwas Gescheites aufschreiben!)

Jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen: Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Becker?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Nein, im Moment rede ich weiter. Vielleicht gleich, Herr Becker.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gestatten Sie nicht, okay.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Meine Damen und Herren, Sie müssen sich auch mal darüber einigen, wie viele Einbußen es denn nun wirklich gibt. Sie nennen verschiedene Zahlen. Mal sind es 400 Millionen €, dann haben Sie von 525 Millionen € gesprochen. Es sind 360 Millionen €. Das habe ich Ihnen vorgetragen, habe ich Ihnen alles vorgerechnet, auch wie die Steuereinnahmen in diesem Jahr laufen. Die haben Sie ja auch bezweifelt.

Meine Damen und Herren, das Schönste sind die Deckungsvorschläge. Über Steuermehreinnahmen habe ich Ihnen schon etwas gesagt. Dann kommen die BLB-Veräußerungserlöse.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Erinnern Sie sich noch? 2005, diese lichtvolle Regierung Rot-Grün: 266 Millionen € wollte Rot-Grün aus BLB-Verkaufserlösen haben. 36 Millionen € sind tatsächlich eingegangen. Eine Luftbuchung nach der anderen bei Ihnen, meine Damen und Herren!

(Beifall von CDU und FDP)

Die Zinsausgaben – das ist ein weiterer Deckungsvorschlag – senkt Frau Walsken ab. Frau Walsken, können Sie mir mal sagen, wie Sie die 135,3 Millionen € errechnet haben, die wir bei den Zinsen sparen sollen?

(Gisela Walsken [SPD]: Das kann ich gerne machen!)

Können Sie mir vielleicht mal sagen, ob die Zinsen nach Ihrer Meinung im nächsten Jahr sinken? Können Sie mir vielleicht auch erklären, ob wir ein geringeres Verschuldungsvolumen oder ein größeres Verschuldungsvolumen haben?

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Sie wollten mit Ihren Deckungsvorschlägen niemandem wehtun. Ich habe lange genug Opposition gemacht. Ich hatte wenigstens noch den Verkauf der WestLB als Deckungsgröße anzubieten. Wir haben

immer gesagt: Wir gehen bei den Beteiligungen von über 40 % auf 25,1 % runter. Das war unser „Jäger 90“. Erinnern Sie sich an den Jäger 90? – Das war das, was die SPD immer in Berlin machte: Wir kauften den Jäger 90 nicht, und daraus decken wir alle schönen Programme.

Frau Walsken, Sie müssen sich schon ein bisschen solider in der Gegend bewegen. Sonst werden Sie nie was, und das Volk wird nie erkennen, dass Sie irgendeine Kompetenz haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vorhin gab es gleich am Anfang eine Bemerkung von Herrn Trampe-Brinkmann. Das habe ich mir aufgeschrieben: Krankheitstage. „Krankheitstage“, das ist ja der neueste Schlager. – Dazu will ich Ihnen Folgendes sagen: Als Finanzminister habe ich nie Verständnis dafür gehabt, dass wir als Finanzministerium keine Übersicht über Krankheitstage in der Landesverwaltung haben. Das ist relativ ungewöhnlich. Wir haben das im Finanzministerium ordentlich geordnet; andere Ministerien sind da noch nicht so weit, habe ich gedacht.

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Aber dann bin ich der Sache nachgegangen, meine Damen und Herren. Wir haben PersNRW aufgelegt. Das ist die Personalstatistik für alle Ministerien in Nordrhein-Westfalen. Und dieses EDV-System ist unter der alten Regierung konstruiert worden. Ich bin dem nachgegangen, und siehe da: Die alte Regierung war damit einverstanden, dass eben keine Krankentage an dieses System gemeldet wurden. Denn sie war der Meinung, dass dies in die Autonomie der Ressorts fällt; es gilt schließlich die Unabhängigkeit der Ressorts. – Der Fehler ist also bei Ihnen während Ihrer Regierungszeit gemacht worden. Sie haben es nicht durchgesetzt, weil Sie die Kraft dafür nicht hatten.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Sie sind aber mutig!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Nettoneuverschuldung von 2005 bis 2008 um 83 % reduziert. Wir haben 92 % aller verfügbaren Steuermehreinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung aufgewandt. Das gibt es nirgendwo sonst in Deutschland. Der Bund liegt irgendwo in den 50er-Prozentzahlen. Nirgendwo in Deutschland ist es so wie hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist vorbildliche Konsolidierungspolitik.

Wir haben zwei schwere Jahre vor uns. Sie erinnern sich: Die Konsolidierung war nicht leicht. 2006 standen die Demonstranten hier auf der Rheinwiese. So ganz von selber ist das nicht gegangen.

Wenn Sie mal in Ihre Annalen von 1995 bis 2000 schauen, dann stellen Sie fest, dass Sie erheblich mehr Steuereinnahmen hatten. Sie haben die Nettoneuverschuldung aber nicht gesenkt, sondern in dieser Zeit sogar erhöht. Das ist rot-grüne Politik.

Der Herr bewahre uns davor, dass das fortgesetzt würde!

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Als nächster Redner ist Herr Kollege Möbius für die CDU-Fraktion gemeldet. – Er wird gestrichen. Als Nächster ist dann Herr Kollege Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP: Ah!)

Der Fairness halber merke ich an, dass Sie, Herr Becker, jetzt eigentlich noch 37 Sekunden auf dem Grünen-Ticket hätten. Aber da die Landesregierung ihre Redezeit um 2:53 Minuten überzogen hat, verlängern sich die Redezeiten der Fraktionen entsprechend. Bitte schön, Herr Becker. Sie haben das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Danke, Herr Präsident! Ich werde mich bemühen, nicht die gesamte Redezeit zu benötigen.

Herr Linssen, ich glaube, Sie sollten seriös bleiben. Ich habe vorhin versucht, es mit einer Zwischenfrage zu klären. An der Stelle haben Sie aber einfach unseriös gearbeitet. Das muss ich so deutlich sagen. Sie haben in Bezug auf den KiBiz-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen so getan, als ob wir generell Steuermehreinnahmen als Gegendeckung vorgeschlagen hätten. Das ist nicht richtig.

Richtig ist vielmehr – das mögen Sie für sachlich falsch halten, aber ich will darauf hinweisen –, dass wir Mehreinnahmen aufgrund von zusätzlich eingestellten Prüferinnen und Prüfern in den Finanzämtern eingesetzt haben, weil wir der Auffassung sind, dass durch deren Einsatz eine erhebliche Mehreinnahme möglich ist. – Das ist der erste Hinweis.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der zweite Hinweis, den ich gerne geben würde, bezieht sich auf die Auseinandersetzung, die hier offensichtlich orchestriert wird und die wir die nächsten Monate führen. Dann müssen wir sie auch richtig führen. Richtig ist, dass wir in der Zeit, als die Steuereinnahmen gesunken sind – in der Zeit der rot-grünen Regierung sind sie nämlich Jahr für Jahr gesunken –, in der Regel am Ende mit dem Haushalt nicht hingekommen sind. Das ist richtig. Denn es gab zu der Zeit erhebliche Steuereinbrüche.

Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie als Glücksritter des Landeshaushaltes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 erlebt haben. Da haben Sie nämlich Jahr für Jahr Steuermehreinnahmen generiert, die weit über Ihren eigenen Schätzungen lagen. Und deswegen konnten Sie sich am Ende Ihrer vermeintlich seriösen Haushaltspolitik rühmen. Das

hat aber mit Ihnen nichts zu tun, sondern das hatte etwas mit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen und mit den Steuereinnahmen zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

– Da mich das Gelächter ermuntert, noch etwas dazu zu sagen, will ich das gerne tun. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schon überlegen, ob Sie nun für die Steuereinnahmen etwas können oder nicht. Aber eines geht nicht: Sie können sich nicht einerseits ab dem Jahr 2006 der Steuereinnahmen, die andere durch ihre Maßnahmen auf Bundesebene zu verantworten hatten, rühmen, andererseits aber so tun, als sei die Finanzkrise plötzlich über Sie gekommen und Sie hätten mit allem nichts zu tun. Da machen Sie es sich zu einfach. Entweder sind Sie zuständig, oder Sie sind es nicht!

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wahrscheinlich sind Sie es aus Ihrer Sicht besser nie gewesen. Aber dann sollten Sie auch nicht so tun, als wären Sie für die Steuereinnahmen zuständig gewesen. Diese waren für die Haushalte maßgeblich verantwortlich, nicht aber Ihre Politik. Denn die war unseriös, und da haben die Kommunen noch einen heißen Preis oben draufzahlen müssen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Es hat sich Frau Kollegin Walsken zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, Sie haben sowohl für den Haushalt 2009 als auch für den Haushalt 2010 ausschließlich mit Buchungstricks die Nettoneuverschuldung unter unserem Wert gehalten – ausschließlich mit Buchungstricks!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich werde Ihnen das nachweisen, genauso wie Sie hier eben versucht haben, Dinge nachzuweisen. Im Jahr 2009 haben Sie 5,98 Milliarden € an Neuverschuldung ausgewiesen. Bis zum heutigen Tag haben Sie 300 Millionen € Steuermindereinnahmen, die die Steuerschätzung, die Sie gerade selbst zitiert haben, Ihnen prognostiziert hat, nicht etatisiert. Wenn wir das zugrunde legen, haben Sie bereits im laufenden Jahr – wir kommen gleich noch dazu – eine Nettoneuverschuldung von 6,2 Milliarden € zu verzeichnen.

Schauen wir uns aber das Jahr 2010 an. 2010 fehlen mittlerweile die 525 Millionen € aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und nach wie vor 900 Millionen € für den Solidarpakt Ost. Wenn Sie das addieren, kommen Sie auf eine Nettoneuverschuldung von 8 Milliarden € 8 Milliarden € sind

die Rekordverschuldung, die Sie hier in diesem Land auf den Tisch legen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Meine Damen und Herren, schauen wir uns doch einmal den Schuldenstand an. Herr Minister, hören Sie zu, schreiben Sie am besten mit.

(Lachen von der CDU)

Der Schuldenstand betrug laut Ihren eigenen Aussagen, als Sie die Regierung übernommen haben, 106,8 Milliarden €

(Zurufe von der CDU: 113 Milliarden €!)

106,8 Milliarden € haben Sie ausweislich des Protokolls im Plenum am 26. Oktober 2005 selber gesagt, Herr Finanzminister. Dann ging es weiter. Schuldenstand im ersten eingebrachten Haushalt: 112,2 Milliarden €. Schuldenstand 2006: 116 Milliarden €. Schuldenstand 2007: 117,1 Milliarden €. Schuldenstand 2008, Herr Minister: 118,9 Milliarden €. Schuldenstand 2009: 122,5 Milliarden €. Schuldenstand 2010: 129 Milliarden €

(Ute Schäfer [SPD]: Hört, hört!)

Rekordschuldenminister des Landes Nordrhein-Westfalen – das ist Ihr Titel, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD)

An dieser Stelle wird klar, dass es hier bei den Haushaltsplanberatungen offensichtlich nur noch darum geht, die magische Zahl der Neuverschuldung von Rot-Grün mit allen nur erdenklichen Tricks zu unterbieten.

Meine Damen und Herren, wer so arbeitet, braucht sich nicht hierhin zu stellen und mit dem Finger auf andere zu zeigen. Herr Finanzminister, wer so arbeitet, sollte sich überlegen, ob es in dieser Landesregierung, möglicherweise in Ihrer Fraktion, Stil ist, ähnlich wie Kollege Wüst mit Zahlen umzugehen. Ich hatte von Ihnen etwas anderes erwartet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Alle Redezeiten sind auch gut ausgeschöpft. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir bei Einzelplan 12 in Verbindung mit Einzelplan 20 über die Änderungsanträge ab. Entsprechend der Übersicht handelt es sich um die laufenden Nummern 121 bis 131. Ich rufe auf:

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10320**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP und CDU. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10248**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10351**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10352**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit **abgelehnt**.

Dann kommen wir zu dem **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10258**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Die Grünen. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10347**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10259**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die Grünen. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10348**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10349**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10350**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10260**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag wie alle vorigen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, die die Mehrheit im Hause bilden, **abgelehnt** worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10212**. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Beschlussempfehlung mit den Stim-

men der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 12 verabschiedet**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind alle Einzelpläne beraten.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 – Haushaltsgesetz 2010 – Drucksachen 14/9700 und 14/10090 – Ergänzung – und damit zugleich über den Einzelplan 20. Ich darf noch auf die **Beschlussempfehlung** und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/10220** hinweisen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10200**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/9700 und 14/10090 als Ergänzung in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das **Haushaltsgesetz 2010 in zweiter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zur Abstimmung über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2010 Drucksache 14/9700 und 14/10090** und des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 Drucksache 14/9702** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zur Vorbereitung der dritten Lesung. Wer stimmt der Rücküberweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Die Rücküberweisung ist einstimmig beschlossen. Ich darf noch darauf hinweisen, dass die dritte Lesung unseres Haushaltsgesetzes für die Plenarsitzungen am 16. und 17. Dezember 2009 vorgesehen ist.

Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit sind wir am Ende der Beratung dieses Teils der heutigen Tagesordnung.

Wir kommen zu:

2 Chaos in der Arbeitsmarktpolitik bei der SGB-II-Neuordnung verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10136

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10359

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Schmeltzer das Wort.

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie im Vorhinein bitten, den Saal so schweigsam wie im

Moment zu verlassen. Dann kann der Redner gleich beginnen. Danke schön.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir erinnern uns: Das Bundesverfassungsgericht hat am 20. Dezember 2007 die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen in den Argen für verfassungswidrig erklärt. Eine Frist für eine verfassungsgemäße Organisation wurde bis zum 31. Dezember 2010 gesetzt. Es hat viele Konferenzen zu diesem Thema gegeben.

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat sich im Jahre 2008 einstimmig für eine Verfassungsänderung zur Sicherung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung entschieden. Im Dezember 2008 hat im Rahmen einer Ministerpräsidentenkonferenz die Bundeskanzlerin gemeinsam mit den Ministerpräsidenten den Bundesarbeitsminister Scholz und die Ministerpräsidenten Beck und Rüttgers beauftragt, auf dieser Grundlage der Beschlüsse der ASMK eine Lösung zu finden. Diese einvernehmliche Lösung lag am 13. Februar dieses Jahres vor.

Dann wurde es kurios. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion machte nicht mit. Auch nach Intervention von Ministerpräsident Rüttgers, die 69 Optionskommunen abzusichern, was auch von Olaf Scholz und Kurt Beck getragen wurde, hat seine CDU/CSU-Fraktion in Berlin es sich nicht nehmen lassen, doch bei ihrer negativen Haltung zu bleiben. Die Kanzlerin griff nicht ein, stimmte der Fraktion zu und ließ ihren Bundesvize im Regen stehen. Der Koalitionsvertrag von Berlin zementierte dies, indem die getrennte Aufgabenwahrnehmung dort verankert wurde.

Was heißt das? Das ureigene Ziel der Leistungen aus einer Hand und somit der Kern der Reform wird durchbrochen. Die Betroffenen selber erkennen doch die derzeitige Diskussion, die geführt wird, bis jetzt teilweise noch gar nicht. Erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist!

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war für alle Beteiligten die richtige Lösung. Der Grundsatz der Leistungsgewährung aus einer Hand wurde gut praktiziert. Es war leicht überschaubar und zwischenzeitlich in den Argen gut strukturiert. Was können die betroffenen Menschen von getrennter Aufgabenwahrnehmung erwarten? Leistungsempfänger haben zwei Anlaufstellen, stellen zwei Anträge, bekommen zwei Bescheide, und schlimmstenfalls müssen sie auch zweimal klagen.

Die Beschäftigten der Argen, hier insbesondere die aus den Kommunen, sind erheblich verunsichert. Sie haben ein Rückkehrrecht in die Kommunen, wovon bereits viele Gebrauch machen und auch noch zukünftig Gebrauch machen werden, auch und gerade